

Zu viel ist zu viel

Hakki Keskin

Der Chef der türkischen Gemeinde Deutschlands ist aus der SPD ausgetreten

Nach sieben Jahren Schröder-Regierung fällt Hakki Keskin zu Rot-Grün kaum noch Gutes ein. »Viel schlechter kann es nicht werden«, sagt der Hamburger Professor, der als Vorsitzender der Türkischen Gemeinde Deutschlands (TGD) rund 250 Mitgliedsvereine vertritt. Noch im Jahr 2002 hatte die Vertretung der größten Migrantengruppe in der Bundesrepublik zur Wahl von Rot-Grün aufgerufen.

Eine solche Empfehlung würde Keskin heute wohl kaum noch aussprechen. Der 1943 in der Nähe von Trabzon in der Türkei geborene Politik- und Wirtschaftswissenschaftler hat am Dienstag seinen

Austritt aus der SPD bekannt gegeben. Nach 30 Jahren Parteimitgliedschaft habe er sich schon länger nicht mehr mit deren Politik identifizieren können, sagt Keskin heute. Die Partei Gerhard Schröders ist dem Mann, der die SPD Willy Brandts für seine politische Heimat hielt, fremd geworden. Ob rot-grüne Steuerpolitik, Hartz IV oder Zuwanderung – die SPD hat sich nach Keskins Auffassung weit von sich selbst entfernt. Dass jene, die vor ein paar Wochen noch die Unternehmensteuern senken wollten, nun aus wahltaktischen Gründen eine Millionärssteuer vorschlagen, war für Keskin zu viel.

Keskin, der in der Osttürkei aufwuchs, machte 1964 in Erzincan das Abitur, lernte dann in Erlangen Deutsch und promovierte 1977 an der Freien Universität Berlin. Nach mehreren Stationen als Berater in der Politik – unter anderem im Stab des türkischen Ministerpräsidenten

Bülent Ecevit und des Berliner Innensenators – wurde Keskin 1993 in Hamburg erster türkischer Abgeordneter in einem deutschen Landesparlament. 1995 war Keskin Mitbegründer der TGD.

Als deren Vorsitzender überlegt der EX-SPDler nun, zur WASG überzutreten. Dies sei, sagt er, durchaus eine Möglichkeit – auch für die neue Linkspartei. Mit seinem Eintreten für einen EU-Beitritt der Türkei stünde Keskin politisch zwar gegen den WASG-Frontmann Oskar Lafontaine. Entsprechende Vorstellungen in der Migrationspolitik vorausgesetzt, könnte für das PDS-WASG-Bündnis vielleicht dennoch eine Wahlempfehlung der TGD herauspringen. Bislang haben die rund 730 000 wahlberechtigten Türken größtenteils SPD gewählt.

Tom Strohschneider